

## Einleitung

Die Vertiefung der europäischen Integration hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einer Vielzahl supranationaler Strukturen und Organisationen geführt. Gleichzeitig stieg mit den Erweiterungsrunden auch der Grad der Heterogenität der Unionsmitglieder. Im Gebilde der EU-25 divergieren Volkswirtschaften nicht allein in ihrer Leistungsfähigkeit und Größe, sondern unterscheiden sich auch erheblich hinsichtlich ihrer Wirtschaftsverfassung, Organisationsformen oder Einkommensverteilung. Für Parteien erhöhen sich damit auch die Anforderungen, einen europaweiten Konsens über Politikmaßnahmen herzustellen. Die folgende Untersuchung konzentriert sich auf die Positionen von Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell. Die Datengrundlage bildet eine eigens durchgeführte Erhebung, die insgesamt 50 Fragen, gruppiert nach drei thematischen Zusammenhängen beinhaltet: a) Wirtschaftspolitik, b) Sozialpolitik und c) Konkurrenz (Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten). Die Fragen wurden an über 100 Führungspersonlichkeiten aus Parteien, Gewerkschaften, Ministerien, Parlamenten und Arbeitgeberverbänden gestellt wurden.<sup>1</sup> Die Umfrage wurde in insgesamt 17 europäischen Ländern durchgeführt: Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Spanien, Tschechien und Ungarn. Zwei

\* M. Busemeyer: Universität Heidelberg  
C. Kellermann: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn  
E-Mail: christian.kellermann@fes.de  
A. Petring: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)  
A. Stuchlik: Andrassy-Universität, Budapest

1 Diese Studie baut auf einem Forschungsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung auf. Der zugrundeliegende Fragebogen, die Länderauswertungen und der Datensatz sind auf der Internetseite der Friedrich-Ebert-Stiftung verfügbar: <http://www.fes.de/internationalepolitik>. Zur Entwicklung der Fragen und ökonomischen Diskussion des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, siehe Petring/Kellermann 2005.

Marius Busemeyer, Christian Kellermann,  
Alexander Petring, Andrej Stuchlik \*

## **Politische Positionen zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell – eine Landkarte der Interessen**

zentrale Fragen standen im Mittelpunkt des Forschungsprojektes und des vorliegenden Aufsatzes:

- 1) In welchen Bereichen lassen sich Übereinstimmungen/Divergenzen in den Positionen der Parteien und Organisationen finden?
- 2) Wodurch lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede erklären?

Ausgehend von einer kurzen Eingrenzung des weiten Begriffs „Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell“ werden die Positionen der befragten Parteien und Organisationen hinsichtlich der Bewertung des gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialmodells und konkreter Reformvorschläge beschrieben und analysiert. Abschließend werden die Schlussfolgerungen in einem knappen Fazit zusammengefasst.

## **Das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell**

Es ist strittig, ob von *einem* Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell gesprochen werden kann. Diese Debatte geht in der Regel von zwei unterschiedlichen Bezugspunkten aus: Befürworter betonen einen gesamtgesellschaftlichen sozialpolitischen Konsens, der in allen europäischen Ländern vorherrsche und die EU von den USA unterscheidet. Skeptiker sehen in den zahlreichen nationalstaatlichen Varianten der Sozialmodelle hingegen den Gegenbeweis für ein gemeinsames Modell. Die Delegation sozialstaatlicher Kompetenzen erfährt erfahrungsgemäß besonderen Widerstand, was sich auch in den vergleichsweise unterentwickelten sozialpolitischen Kompetenzen der Union widerspiegelt, die dennoch seit dem Sozialkapitel im Vertrag von Amsterdam schrittweise ausgeweitet worden sind. Zudem findet im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung seit dem Jahr 2000 verstärkt sozialpoliti-

sche Koordinierung (OMK), wenn auch nicht Harmonisierung statt (O'Connor 2005).<sup>2</sup> Damit bleibt das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell Gegenstand kontinuierlicher politischer Auseinandersetzung (Witte 2004). Diese Auseinandersetzung verläuft sowohl zwischen Ländern bzw. Ländergruppen als auch zwischen politischen Lagern.

### Parteilpolitische Interessen und Ideologien

Der Befund der meisten bisherigen Studien über die Positionen nationaler Parteien zu europäischen Fragen hat die These von der „umgekehrten U-Kurve“ unterstützt. Demnach werden Parteien am linken und rechten Rand des Parteienspektrums eher europaskeptische Positionen vertreten, während die Parteien aus der Mitte des politischen Spektrums integrationsfreundliche Positionen vertreten (Hix 1999; Hooghe/Marks 1999; Hooghe/Marks/Wilson 2002; Hooghe/Marks 2004). Innerhalb der Parteien, die relativ nah an der politischen Mitte positioniert sind, sind weitere Differenzierungen möglich. Die europäische Integration wurde zunächst als „Marktschaffung und -öffnung“ von konservativen Akteuren unterstützt (Marks 2004: 236). Hooghe und Marks nehmen an, dass die Integrationsfortschritte in den letzten 20 Jahren hin zu europäischen Mindeststandards, Infrastruktur und Umverteilungswirkungen eher Mitte-Links-Akteure akzeptieren (ibid.: 9f.). Damit habe sich ein Wandel der Parteipräferenz in der Mitte des Links-Rechts-Spektrums vollzogen: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sollten Mitte-Links-Parteien stärkere Präferenzen für eine fortschreitende europäische Integration besitzen als Mitte-Rechts-Parteien.

Wenn ungeachtet der unterschiedlichen institutionellen und politischen Voraussetzungen in den EU-Mitgliedstaaten eine einheitliche Position innerhalb der Parteifamilien zu beobachten wäre, so könnte dies als Beleg dafür gelten, dass Parteiinteresse institutionelle Unterschiede und nationale Interessen dominieren. Diese These ist abgeleitet aus der Parteiendifferenzhypothese („Partisan Theory“). Ihr Kernargument bezieht sich auf den Vergleich von Positionen der Linken und Bürgerlichen. Die Erklärung für diese Differenz ist,

dass Unterschiede in den (objektiven) Interessen und (subjektiven) Präferenzen der Wähler einer Partei sich in der (Regierungs-)Politik dieser Parteien widerspiegeln (Hibbs 1977, vgl. auch Schmidt 1983; Cameron 1985; Budge/Keman 1990; Boix 1998). Wenn die darin enthaltene These der Verbindung zwischen parteipolitischen Programmatik und den sozioökonomischen Interessen ihrer Wählerklientel zutrifft, so müsste beispielsweise bei einem Vergleich der Positionen der Sozialdemokraten aus verschiedenen Ländern eine hohe Einheitlichkeit festgestellt werden. Bei dieser These muss allerdings auch angenommen werden, dass die Wählerklientel der sozialdemokratischen Parteien in Europa im wesentlichen dieselben sozioökonomischen Schichten mit ähnlichen Interessen sind.

Bei der Beantwortung der Frage nach Einheitlichkeit und Divergenz ist der Abstraktionsgrad des jeweiligen Fragegegenstandes nicht unerheblich. Auf einer abstrakten, generellen Ebene ist tendenziell eine höhere Einheitlichkeit der Positionen zu erwarten. Dies liegt zum einen daran, dass programmatische Rhetorik an Stelle tatsächlichen politischen Handelns betrieben wird. Zum anderen ist aber auch folgendes zu erwarten: Je konkreter der Fragegegenstand bzw. der diskutierte Politikvorschlag ist, desto stärker treten Unterschiede in der Zusammensetzung der jeweiligen nationalen Wählerklientelgruppen und die das jeweilige institutionelle Umfeld reflektierenden Interessendivergenzen in den Vordergrund.

Im folgenden Abschnitt werden die Positionen von Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in Europa in den drei Bereichen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und zwischenstaatlicher Konkurrenz dargestellt. Nach einer kurzen Skizzierung des Status quo und zentraler Reformvorschläge werden die Positionen der Parteien und Verbände – unterteilt in die Einschätzung des gegenwärtigen Modells und Präferenzen bezüglich der Reformvorschläge – auf Links-Rechts-Unterschiede und eventuelle Länderfamiliendifferenzen untersucht.<sup>3</sup>

2 Die Methode orientiert sich an dem bereits durch den Vertrag von Amsterdam eingeführten Beschäftigungsprozess und setzt sich aus folgenden Elementen zusammen: Definition gemeinsamer Ziele, nationale Aktionspläne, gemeinsamer Bericht der Kommission und des Rates über die Aktionspläne, Suche nach *Best Practice*, Indikatorenbildung.

3 Zur Einteilung in Ländergruppen bezogen wir uns auf die einschlägigen Forschungsarbeiten (grundlegend: Esping-Andersen 1996). Fünf Gruppen wurden gebildet: eine kontinentaleuropäische, skandinavische, angelsächsische, mediterrane und ost- und mitteleuropäische Gruppe. Zentraler Parameter für die Wohlfahrtsstaatentypen ist der Grad der Dekommodifizierung, also das Ausmaß, in dem Lebensbereiche von Marktregelungen ausgenommen und zum Schutze des Bürgers „entmarktlicht“ sind.

## Positionen zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell

### Wirtschaftspolitik

#### *Überblick über den Stand der Debatte*

Bevor die Ergebnisse der Befragung präsentiert werden, soll ein kurzer Überblick über den Stand der gegenwärtigen Debatte gegeben werden. Die EU verfügt in allen Bereichen über unterschiedliche Instrumente, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. Damit sind theoretisch alle makroökonomischen Steuerinstrumente, auf die einzelne Nationalstaaten nicht mehr oder nur noch eingeschränkt zugreifen konnten, auf europäischer Ebene wieder nutzbar. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen einer EU-weiten Wachstums- und Stabilisierungspolitik allerdings noch einige Hürden im Weg, da eine entsprechende Koordination der Teilbereiche (v.a. der Fiskal-, Geld- und Zinspolitik) nicht stattfindet und Wachstumsimpulse regional unterschiedliche Wirkung entfalten.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) steht primär in der Kritik wegen seines „*One-size-fits-all*-Ansatzes“, der oftmals als zu restriktiv kritisiert wird (insbesondere die 3%-Defizitregel). Lösungsvorschläge für dieses Problem gehen auf der einen Seite in Richtung weiterer wirtschaftlicher Integration zur Begrenzung unterschiedlicher Konjunkturzyklen. Andere Vorschläge ziehen länderspezifische Vorgaben ausgehend vom Gesamtdefizit der EU in Betracht (Buti/Nava 2003). Ein weiterer Kritikpunkt am SWP ist die prozyklische Wirkung seiner Kriterien. Ein wichtiger Reformansatz ist in diesem Kontext die Berücksichtigung der Art eines Defizits, d.h. eine differenzierte Bewertung von Schulden für Investitionen, die im Einklang mit der Lissabon-Strategie stehen, als von Schulden für Konsumzwecke. Denkbar ist auch die Berücksichtigung nationaler Sparquoten (Weale 2004) oder struktureller Haushaltsdefizite als Referenzwert (zur Kritik vgl. Buti et al. 2003). Der Kritik, der SWP sei zu restriktiv, wird auch entgegen gebracht, die 3%-Regel abzuschaffen und sich stattdessen auf die 60%-Regel (Verschuldungsniveau) der Konvergenzkriterien zu konzentrieren (Hishow 2005).

Der Diskurs um die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank oszilliert innerhalb des Ermessensspielraums aus der strikten Wahrnehmung ihres Mandats zur Sicherung der Geldwertstabilität (Inflationsziel unter 2%) und einer exponierteren Ausrichtung auf wirtschafts- und beschäftigungspolitische Ziele der EU. Eine zentrale Kritiklinie zielt auf den Preisniveaustabilitätsfokus der EZB ab, woraus eine Neuformulierung

ihrer Aufgabe hin zu Preisstabilitäts- und konjunkturellen Zielen abgeleitet wird (Filc 2005). Kritisiert wird auch ein unklares Inflationsziel, woraus die Reformoptionen einer symmetrischen (also gleichen Bewertung von zu niedrigen Inflationsraten wie von zu hohen) entwickelt werden (Allsopp/Artis 2003), bzw. ein mittelfristiges Punktziel von 2% (Lommatzsch/Tober 2003).

Bei der Debatte um die Zukunft einer europäischen Lohnpolitik stehen sich zwei unterschiedliche wirtschaftspolitische Ansätze gegenüber. Der vorherrschende angebotsorientierte Ansatz plädiert für Lohnzurückhaltung und gleichzeitig dezentralisierte Lohnfindungsprozesse. Vertreter eines nachfrageorientierten Ansatzes halten national und EWU-weit koordinierte Lohnverhandlungssysteme für erforderlich (Hein/Niechoj 2004). Die zentrale Kritiklinie in diesem Politikfeld ist eine mangelnde Koordination von Lohnabschlüssen, woraus eine Stärkung des makroökonomischen Dialogs zwischen EZB, Fiskalbehörden und den Sozialpartnern, sowie eine Stärkung der Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften bzw. die Dezentralisierung und Differenzierung der Lohnabschlüsse gefordert wird.

Eine weitere Wachstumspolitik ist die Europäische Beschäftigungsstrategie (seit 1997) und die Lissabon-Strategie (seit 2000). Gemäß der Lissabon-Strategie soll Europa zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ ausgebaut werden. Über die damit verbundenen Ziele der europäischen Beschäftigungsleitlinien und der Lissabon-Strategie herrscht weitgehend Einigkeit: Verringerung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Erwerbsquote, Erhöhung der Frauenerwerbsquote, Verringerung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, Schaffung besserer Arbeitsplätze, Verbesserung der Ausbildung, Ausweitung der Kinderbetreuung etc. In der „Halbzeitüberprüfung“ durch die Europäische Kommission im Frühjahr 2005 wurden die Ziele für gut und richtig befunden, allerdings seien sie noch lange nicht erreicht (Europäische Kommission 2005). An diesem Befund entzündeten sich auch die Kritiken: Aus dem Verfehlen der Ziele werden härtere Steuerungsformen anstelle der offenen Methode der Koordinierung (OMK) angedacht, aber auch die Verstärkung öffentlicher Diskurse durch die stärkere Einbindung der Sozialpartner und nationalen Parlamente, eine Änderung des SWP, sofern dieser den Zielen im Wege stehen sollte, oder die Verknüpfung der quantitativen Ziele mit qualitativen Indikatoren (z.B. Frauenerwerbsquoten, Lohndifferenzen und Anteil geringfügig Beschäftigter).

Mit allen Politikfeldern verbunden ist die Frage der europäischen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der

Mitgliedsländer. Als erster Schritt hin zu einer makroökonomischen Koordinierung werden seit 1993 die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ formuliert und 1999 wurde auf eine deutsch-französische Initiative der „Kölner Prozess“ initiiert. Es gibt jedoch keine Sanktionsmöglichkeiten und der Dialog hat bislang nicht zu den erhofften positiven Ergebnissen in Form eines höheren Trendwachstums geführt. Eine Reformmaßnahme ist deshalb die Schaffung stärkerer Entscheidungsbefugnisse und bindender Beschlüsse des makroökonomischen Dialogs. Eine fundamentalere Kritik richtet sich an die wirtschaftstheoretische Ausrichtung der Koordinierung und fordert eine neo-keynesianische makroökonomische Wirtschaftspolitik bei Beibehaltung der bestehenden Koordinierungsformen (Hein/Niechoj 2004).

#### *Positionen zum gegenwärtigen Wirtschaftsmodell*

Im Folgenden werden die Ergebnisse der diesem Aufsatz zu Grunde liegenden Befragung von Führungspersonlichkeiten präsentiert. Es herrscht Einmütigkeit in den europäischen Ländern bezüglich der grundsätzlichen Notwendigkeit eines fiskalpolitischen Regelwerkes in der EU. An der konkreten Form des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird jedoch Kritik geäußert. Hauptkritikpunkt ist die mangelnde Flexibilität; daneben wurden auch die zu geringen Wachstumsimpulse bemängelt, die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgingen. Mit Ausnahme der liberalen Parteien und einigen osteuropäischen Parteien (v.a. in Polen) wird dem Pakt zudem eine problematische prozyklische Wirkung attestiert. Die unterschiedlichen Konjunkturzyklen in der EU werden ebenfalls von einer relativen Mehrheit, die sich vor allem aus sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften zusammensetzt, als Problem für die EU wahrgenommen. Immerhin knapp 40 Prozent sehen zudem das Instrument einer nationalstaatlichen Konjunkturpolitik als weitgehend wirkungslos an. In der Gruppe der skandinavischen und angelsächsischen Länder trifft diese Aussage jedoch auf deutlichen Widerspruch, stattdessen wird der noch immer vorhandene nationale Gestaltungs- und Steuerungsspielraum betont.

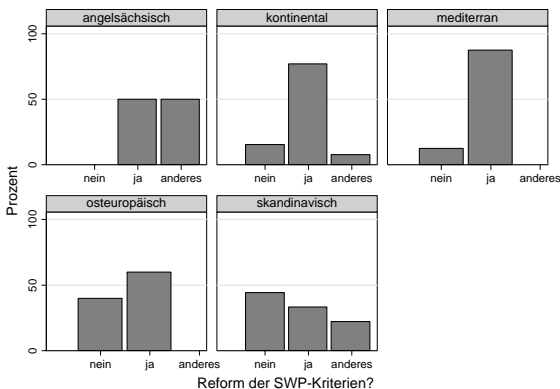
Die bisherige Arbeit der EZB wird von einer deutlichen Mehrheit positiv bewertet. Kritische Stimmen kommen hier vor allem aus dem Gewerkschaftslager, die der Zentralbank eine Vernachlässigung des Wachstumsziels vorwerfen. Der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) wird überwiegend ein geringer

Einfluss auf nationale Maßnahmen bescheinigt, einzig in der mediterranen Ländergruppe wird von etwa der Hälfte der Befragten die Frage nach direkten Verbindungen zu beschäftigungspolitischen Reformen im eigenen Land bejaht. Ein gespaltenes Bild ergibt sich bei der Lissabon-Strategie. Insgesamt halten die meisten Parteien die dort formulierten Ziele und Maßnahmen für richtig, auch wenn die sozialdemokratischen Parteien etwas skeptischer sind. Sie bemängeln vor allem die Konzentration auf ökonomische Ziele nach der Überarbeitung im Jahr 2005. Konsens über alle Länder und Parteien hinweg herrscht hingegen wieder bei der schlechten Bewertung der bisherigen Ergebnisse, die die Lissabon-Strategie gezeitigt hat. Trotz dieser kritischen Einschätzung sowohl der Ergebnisse der EBS wie auch der Lissabon-Strategie wird die OMK ausdrücklich begrüßt.

#### *Reformvorschläge*

Von den in der Reformdebatte um den Stabilitäts- und Wachstumspakt kursierenden Optionen wird vor allem die differenzierte Berücksichtigung von Investitionen als Mittel gegen die Unflexibilität und für eine stärkere Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum genannt. In einigen Ländern wird jedoch eine nochmalige Änderung abgelehnt und stattdessen auf die Einhaltung der Regeln von allen Mitgliedstaaten gedrängt (Finnland, Polen, Slowakei). Die osteuropäischen Länder sowie die Niederlande und Spanien versprechen sich von der Berücksichtigung von Investitionen zur Definition der Defizitkriterien nur erneute Uneinigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten bezüglich der Definition. Italien, Griechenland und Irland schlagen deshalb die Verbindung mit den Zielen der Lissabon-Strategie vor. Bei diesen Reformvorschlägen sind unterschiedliche Positionen vor allem zwischen Ländern bzw. Ländergruppen zu beobachten, nennenswerte Unterschiede zwischen Parteien finden sich nicht (siehe Abb. 1).

**Abb. 1: Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaketes**



Das gegenteilige Bild findet sich bei der Reform des EZB-Mandates. Während die Sozialdemokraten (und Gewerkschaften) eine Neuformulierung des Mandates (ähnlich dem der *Federal Reserve* in den USA) mehrheitlich begrüßen, sind konservative und liberale Parteien mehrheitlich gegen diesen Vorschlag. Nach einer Änderung des Inflationsziels gefragt, findet sich nur innerhalb des Gewerkschaftslagers eine Mehrheit für ein höheres Inflationsziel. Immerhin etwas über ein Drittel der sozialdemokratischen Parteien sind ebenfalls für ein höheres Inflationsziel, während eine deutliche Mehrheit der Konservativen und Liberalen mit dem Status quo zufrieden sind.

Neben der Fiskal- und Geldpolitik sind Löhne eine zentrale wirtschaftliche Stellgröße. Deswegen wurde auch hier der Ruf nach einer stärkeren Koordinierung der Lohnpolitik auf europäischer Ebene laut. Eine absolute Mehrheit lehnt dies grundsätzlich ab, rund ein Fünftel können sich das nur in sehr weiter Zukunft vorstellen. Dieser Vorschlag findet jedoch von sozialdemokratischen Parteien deutlich mehr Unterstützung (über ein Drittel) als von konservativen Parteien (unter 10%). Mehrheitlich Zustimmung findet eine EU-weite Koordinierung der Lohnpolitik nur innerhalb der mediterranen Ländergruppe, auf komplette Ablehnung trifft diese Idee hingegen in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern. Diese Gemeinsamkeit zwischen Großbritannien, Irland und den skandinavischen Ländern ist vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Lohnverhandlungssysteme zu beobachten. Während der Schutz der intakten kollektiven Lohnverhandlungssysteme in Irland und den skandinavischen Ländern als Argument angeführt wird, sind Sozialdemokraten und Gewerkschaften in Großbritannien prinzipiell skeptisch gegenüber Kompetenztransfers auf die europäische Ebene; die betriebliche Ebene wird stattdessen als bevorzugte Ebene der Lohnverhandlungen genannt. Für

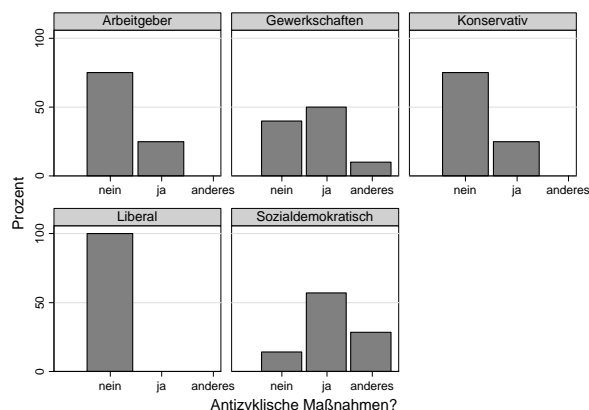
die große Mehrheit der Sozialdemokraten und Gewerkschaften in den anderen Ländern sollten die Löhne hingegen auf nationaler Ebene verhandelt werden, während Konservative und Liberale für eine weitere Dezentralisierung auf die betriebliche Ebene plädieren.

Auf überwiegende Skepsis trifft auch der Vorschlag einer stärkeren Koordinierung der Beschäftigungspolitik. Auch wenn mehrheitlich der Einfluss der Europäischen Beschäftigungsstrategie auf die nationale Gesetzgebung als gering eingestuft wurde, ist dennoch ebenfalls eine Mehrheit gegen stärker bindende Vorgaben der EU. Hier treten die Länder-Cluster noch deutlicher hervor. Eine stärkere Koordinierung im Bereich der Beschäftigungspolitik findet in den mediterranen Ländern breite Unterstützung, auf parteiübergreifende Ablehnung stößt der Vorschlag in den skandinavischen Ländern und in Großbritannien. Für die Frage der stärkeren beschäftigungspolitischen Koordinierung gilt jedoch auch hier, dass nur die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften mehrheitlich diese Maßnahme unterstützen, während sie von konservativen und liberalen Parteien eindeutig abgelehnt wird.

Neben den genannten Reformen an bestehenden Institutionen gibt es auch Forderungen nach neuen Instrumenten in der Wirtschaftspolitik der EU. Noch relativ nah am Status quo ist der Vorschlag einer Ergänzung der „*Broad Economic Policy Guidelines*“ um eine eher kurzfristige Koordinierungsperspektive. Dieser Vorschlag trifft insgesamt relativ ausgewogen auf Unterstützung und Ablehnung, dabei treten jedoch deutliche Parteiendifferenzen hervor. Rundheraus abgelehnt wird er von Konservativen und Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Sozialdemokraten sind mehrheitlich dafür.

Im Gegensatz zur Veränderung und/oder Ergänzung der „Grundzüge“ wären antizyklische Maßnahmen der EU ein gänzlich neues wirtschaftspolitisches Instrument. Auch hier zeigen sich wieder die gleichen Differenzen auf der Links-Rechts-Achse. Neben der Ablehnung von Konservativen, Liberalen und Arbeitgeberverbänden ist jedoch hier auch das Gewerkschaftslager gespalten. Innerhalb der Gruppe der Sozialdemokraten sind es wiederum die skandinavischen Parteien, die sich gegen antizyklische EU-Maßnahmen aussprechen. Als Grund wurde die Ablehnung eines steigenden EU-Budgets genannt, was die notwendige Bedingung für einen solchen Vorschlag wäre (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Antizyklische Maßnahmen der EU



Noch einen Schritt weiter geht der Vorschlag einer makroökonomischen Koordinierung innerhalb der EU. Auch hier halten sich insgesamt Zustimmung und Ablehnung die Waage, und das Muster zwischen Parteien und Ländern ist nahezu identisch mit den Positionen zu antizyklischen Maßnahmen: einhellige Ablehnung bei Konservativen, Liberalen und Arbeitgeberverbänden, mehrheitlich Zustimmung hingegen unter Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Die Gegenstimmen innerhalb der Sozialdemokraten kommen auch hier wieder aus den skandinavischen Ländern. Ein wirtschaftspolitischer (insbesondere fiskal- und lohnpolitischer) Kompetenztransfer auf die EU-Ebene wird rundheraus abgelehnt, eine freiwillige Koordinierung von 25 Ländern hingegen als unrealistisch bewertet.

## Sozialpolitik

### Überblick über den Stand der Debatte

Die neuere Sozialpolitik der EU hat ihre Grundlage im Vertrag von Amsterdam. Die Sozialpolitik fällt in die gemeinsame Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten. Bislang ist die europäische Sozialpolitik ein Politikfeld, das weichen Regulierungen und Richtlinien unterliegt, wenngleich sie von manchen Seiten gefordert wird, um die soziale Komponente neben dem Ausbau von Marktfreiheiten durch sozialpolitische Bestimmungen zu stärken. Während im arbeitsrechtlichen Bereich Europa mittlerweile eine erkennbare soziale Dimension aufweist (Mindeststandards), sind die Regelungen im Bereich der Sozialleistungen und -systeme entweder gar nicht existent

oder bestehen nur in Richtlinienform. Bisher dominiert die Anwendung der OMK in den Sozialbereichen.

Es gibt eine Reihe von Diskurslinien im Bereich der Sozialpolitik. Empfehlungen und Zielvereinbarungen im sozialpolitischen Bereich sind stets eingebunden in die Kriterien des SWP und die Geldpolitik der EZB (Scharpf 2002). Dadurch sei entweder die Ablösung der OMK durch „harte“ Regulierungen wünschenswert und/oder die Bestimmung einer Untergrenze für Sozialausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (Scharpf 1997). Denkbar sei auch die Aufnahme sozialpolitischer Standards in den SWP und/oder die Aufnahme sozialer Rechte in die Grundrechte-Charta. Eine extremere Position besagt, dass die Heterogenität der Wohlfahrtsstaaten eine gemeinsame Sozialpolitik unmöglich mache und dieses Feld nationalstaatlich zu organisieren sei.

Migration ist ein weiteres Schlagwort in diesem Kontext. Durch die EU-Osterweiterung kommt es zu Befürchtungen, dass Migrationsbewegungen aus den neuen Mitgliedstaaten die nationalen Sozialsysteme überfordern könnten. Diese Befürchtung hat ihren Grund in der Pflicht der Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit für alle Arbeitnehmer und ihre Familien, die innerhalb der EU zuwandern (EWG-Verordnung Nr. 1408/71).<sup>4</sup> Die Antworten hierauf schwanken zwischen Protektionismus und weiterer Liberalisierung (Arbeitnehmerfreizügigkeit).

Eine mögliche sozialpolitische Maßnahme ist vor diesem und dem Hintergrund von Lohndumping die Einführung eines europäischen Mindestlohns, der unabhängig von der Frage der Ebene der Lohnverhandlungen gefordert wird. Während in vielen Ländern der EU bereits ein Mindestlohn existiert, sahen besonders deutsche Gewerkschaften dadurch lange die Tarifautonomie bedroht. Ein europäischer Mindestlohn könnte z.B. 50% des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens betragen (Schulten et al. 2005).

Eine der zentralen Säulen des europäischen Sozialmodells ist der Dialog mit den Sozialpartnern. Die Kommission kann „den Dialog zwischen den Sozialpartnern auf europäischer Ebene entwickeln, der, wenn diese es für wünschenswert halten, zu vertraglichen Beziehungen führen kann“ (Artikel 138 des EG-Vertrags). Zu diesem Zweck hat die Kommission mit den Sozialpartnern ein Verfahren des ständigen Dialogs entwickelt, der mit den führenden Vertretern der

4 Die Reform der als Wanderarbeitnehmer-Richtlinie bekannten Regelung 883/2004 ist zwar bereits beschlossen, entfaltet aber noch keine Rechtswirkung, aufgrund fehlender Durchführungsverordnung.

Arbeitgeberverbände (UNICE und CEEP) und des Gewerkschaftsverbands (EGB) geführt wird. Im Rahmen dieses Dialogs werden im Bereich der Bildung und der Ausbildung, der Organisation des Arbeitsmarkts und der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik Positionen entwickelt. Im Bereich der Beschäftigung steht die aktive Teilnahme der Sozialpartner im Mittelpunkt der neuen europäischen Beschäftigungsstrategie. Zur Förderung des Sozialen Dialogs auf betrieblicher Ebene wurde 1994 die Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat (EBR) verabschiedet. Dieses vor allem auf Information und Konsultation ausgelegte Gremium wurde bislang in ca. 40% der Unternehmen installiert, die unter die Richtlinie fallen (Lecher/Platzer 2003). Eine zentrale Kritiklinie am Sozialen Dialog ist ein Ungleichgewicht zwischen den Sozialpartnern durch ein faktisches Vetorecht der Arbeitgeber. Eine Forderung besteht deshalb in stärkeren sozialpolitischen Aktivitäten der Kommission, um das Interesse der Arbeitgeber am Sozialen Dialog zu erhöhen. Eine weitere Option ist die verstärkte Einbindung der Sozialpartner in Entscheidungsverfahren. Aufbauend auf der Perzeption einer nur schwach ausgeprägten Koordinierung der sektoralen Ebene wird ferner eine stärkere Koordinierung zwischen Europäischen Betriebsräten und sektoralen Gewerkschaften empfohlen (Keller 2003).

#### *Positionen zum gegenwärtigen Sozialmodell*

Die Bewertungen des gegenwärtigen Modells eines „Sozialen Europa“ fallen sehr unterschiedlich aus. Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt deutlich geworden ist, zeigt sich vor allem Kritik an der wirtschaftspolitischen Schlagseite des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Bei der Bewertung des sozialpolitischen Europa reichen die Positionen der Linken von unzureichend (Griechenland) bis verhalten positiv (Dänemark). Es fällt auf, dass tendenziell diejenigen Staaten, in denen der nationale Wohlfahrtsstaat relativ schwach ausgeprägt ist, eine größere Kritik an der EU-Sozialpolitik äußern als die politischen Akteure in ausgebauten Wohlfahrtsstaaten. Erwartungsgemäß bewerten außerdem Gewerkschaften die Unzulänglichkeit des Modells schärfer als Sozialdemokraten. Arbeitgebervertreter (z.B. die Wirtschaftskammer in Österreich) halten den Bereich der EU-Sozialpolitik sogar für einen „sehr weit entwickelten Rechtsbereich“, der „nahezu abgeschlossen“ ist.

Großer Einmut hingegen herrschte bei nahezu allen Interviewpartnern hinsichtlich eines möglichen „Sozialtourismus“ und Migration aufgrund von Sozialstaatsgefällen. Allgemein wird angenommen, dass es weniger

die Unterschiede im sozialstaatlichen Leistungsgefälle sein werden, die Migrationsbewegungen auslösen, sondern allenfalls die Verfügbarkeit von Beschäftigungsmöglichkeiten und Lohnunterschiede. In Ländern wie Österreich, das an die neuen Mitgliedstaaten angrenzt, wird potentielle Arbeitsmigration allerdings als „Herausforderung Nummer Eins“ sowohl von der Linken (besonders Gewerkschaften) als auch der Rechten angesehen. In den südeuropäischen Ländern (Spanien, Griechenland, Portugal, weniger Italien) ist Migration vor allem aus Nicht-EU-Ländern (in Griechenland: Albanien und andere Balkanländer, in Spanien: auch Lateinamerika und Nordafrika) zu beobachten, nach allgemeiner Einschätzung ist dies aber kein Problem, sondern ein Nutzen für die Wirtschaft, solange der Arbeitsmarkt für genügend Beschäftigungsmöglichkeiten Sorge. Auch in den nordeuropäischen Ländern (Skandinavien und Irland) wird Migration nicht als Problem betrachtet.

Der Soziale Dialog auf EU-Ebene wird tendenziell positiv, die bisherigen Ergebnisse aber auch gemischt bewertet. Grundsätzlich zeigt sich jedoch eine breite Zustimmung zu der Institution eines Sozialen Dialogs auf nationaler oder EU-Ebene. Kollektive Arbeitsbeziehungen werden von Einigen gar als Grundpfeiler des (bestehenden) Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells und von anderen gar als Kern für den Auf- und Ausbau eines stärkeren sozialen Europa genannt. Tendenziell bewerten die Gewerkschaften die bisherigen Ergebnisse des Sozialen Dialogs kritischer als Vertreter von Linksparteien. Besonders in den neuen Mitgliedstaaten Osteuropas wird der Soziale Dialog positiv bewertet.

#### *Reformvorschläge*

Quasi spiegelbildlich zu der ausgedrückten Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen EWSM herrscht im Gegensatz zu konservativen und liberalen Parteien sowie den Arbeitgeberverbänden unter den Befragten der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften die einhellige Meinung, dass die soziale Dimension Europas aufgewertet werden sollte. Ein größeres Maß an Uneinigkeit herrscht allerdings über den einzuschlagenden Weg zu einem künftigen EWSM, was darin zum Ausdruck kommt, dass die Zustimmung zu konkreten Maßnahmen, die auf die Schaffung eines einheitlichen EWSM abzielen, kritischer bewertet werden. Verbunden damit wird die bestehende Heterogenität der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements in Europa auch nicht als Hindernis auf dem Weg zu einem gemeinsamen EWSM angesehen, sondern als Stärke der

EU. Relativ deutlich, vor allem in den skandinavischen Ländern und zum Teil auch in den neuen Mitgliedstaaten, wird auf den potenziell fruchtbaren Wettbewerb zwischen den Wohlfahrtsstaaten zum Zweck des gegenseitigen Lernens verwiesen. Besonders in den neuen Mitgliedstaaten, aber auch vereinzelt in Österreich, Frankreich und anderen Ländern wird außerdem darauf hingewiesen, dass der Kern eines gemeinsamen EWSM bereits in Form von gleichgerichteten nationalen Arrangements und in Abgrenzung zum „amerikanischen Modell“ bestehe. Zu diesen Arrangements zählten zum Beispiel die kollektiven Arbeitsbeziehungen, die Vermeidung von Ungleichheiten, öffentliche Sozialversicherungen und ähnliches. Eine Mehrheit der Befragten lehnt es daher ab, langfristig ein europäisches Sozialmodell anzustreben bzw. hält dies bestenfalls für unrealistisch. Anstelle dessen wird eine Einigung auf „soziale Mindeststandards“ oder „soziale Rechte“ auf europäischer Ebene befürwortet. Innerhalb dieses Rahmens können sich dann nationale Variationen entfalten.

Es bleibt auch hier allerdings relativ unklar, welche sozialen Standards gemeint werden könnten. Dass auch hier bei konkreteren Vorschlägen die Widerstände größer werden, zeigt das Beispiel Mindestlohn. Die Zustimmung zur Einführung eines europäischen Mindestlohns schwankt beträchtlich je nach Ländergruppe. Einhellig dagegen sprechen sich Linksparteien und Gewerkschaften in den skandinavischen Ländern aus. Dort herrscht die Auffassung, dass eine Regelung des Mindestlohns den Sozialpartnern vorbehalten sein sollte. Ein gesetzliches Eingreifen würde die Position der Sozialpartner schwächen. In den kontinentaleuropäischen Staaten ist die Zustimmung für die Einführung eines EU-Mindestlohns größer, wengleich auch hier von den Gewerkschaften in den Ländern mit starker Sozialpartnerschaft (Österreich, aber auch Frankreich) eine Einmischung in Lohnangelegenheiten durch den Gesetzgeber oder gar die EU abgelehnt wird („Parlamente haben in der Lohnpolitik nichts verloren“, so der Gewerkschaftsvertreter in Österreich). In den südeuropäischen Staaten, Großbritannien und Irland ist die Unterstützung für einen EU-Mindestlohn am größten. Dabei findet die Variante am meisten Unterstützung, nach der auf EU-Ebene die Verpflichtung zur Einführung eines Mindestlohns beschlossen wird (im Sinne eines sozialen Rechts), die dann auf nationaler Ebene (zum Beispiel mit Hilfe einer Formel, die den nationalen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung berücksichtigt) jeweils durch nationale Mindestlöhne umgesetzt wird. Tendenziell ist es also so, dass sowohl in

den osteuropäischen Staaten wie auch in Staaten mit ausgebautem Wohlfahrtsstaat und ausgebauter Sozialpartnerschaft (Kontinentaleuropa und Skandinavien) der Mindestlohn abgelehnt wird.

Das Beispiel Mindestlohn zeigt wie auch schon andere Beispiele aus dem Bereich Wirtschaft, dass die Verlagerung von Kompetenzen im Bereich Sozialpolitik von der nationalen auf die EU-Ebene weiterhin kritisch gesehen wird. Zu diesem Bild passt auch, dass sich im Bereich Sozialpolitik eine große Mehrheit für den Einsatz „weicher“ Politikinstrumente (wie die offene Methode der Koordinierung einsetzt).

Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass die Positionen der befragten Parteien und Organisationen wesentlich vom Grad der Konkretisierung abhängen. Auf einer abstrakten Ebene ist die Zustimmung zu einem „sozialeren Europa“ innerhalb der politischen Linken weit verbreitet. Dies stützt tendenziell die Hypothese, die davon ausgeht, dass parteiliche Interessen nationalstaatliche Interessen dominieren. Wenn allerdings spezifische Politiklösungen (wie die Einführung des Mindestlohns) angesprochen werden, zeigen sich deutliche Bruchlinien entlang der Ländergruppen und eine verstärkte Zurückhaltung bei der Übertragung von sozialpolitischen Kompetenzen auf die supranationale Ebene.

Wie bereits deutlich wurde, herrscht unter den Befragten eine ungeteilt positive Einstellung der Institution des Sozialen Dialogs und der Sozialpartnerschaft, wengleich die konkrete Ausgestaltung auf EU-Ebene durchaus gemischt bewertet wird. Nichtsdestotrotz befürwortet eine breite Mehrheit insbesondere von sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, dass die Sozialpartner künftig in der EU eine stärkere Rolle spielen sollen. Eine gewisse Uneinigkeit herrscht allerdings bei der Frage, wie die Stärkung des Einflusses der Sozialpartner, vor allem der Gewerkschaften, erreicht werden kann. Von Gewerkschaftsseite wird wiederholt die Blockadehaltung der Arbeitgeberorganisation betont. Außerdem, wie von einem Interviewpartner in Dänemark bemerkt wurde, verfügten Arbeitgeberorganisationen in einer beträchtlichen Zahl von EU-Staaten nicht über die organisatorischen Ressourcen bzw. die Durchsetzungsstärke gegenüber ihren Mitgliedern, um von den Sozialpartnern gemeinsam verabschiedete Politiken tatsächlich umzusetzen. Weiterhin ist die Kritik geäußert worden (in Spanien und Griechenland), dass die Kommission die Blockade im Sozialen Dialog als „Ausrede für Nichtstun“ nehme und zu wenig aktiv werde. Geteilte Meinungen herrschen vor allem darüber, wie der Einfluss der Gewerk-



schaften gestärkt werden könnte. Eine relative Mehrheit der Befragten befürwortet eine stärkere Rolle für die Kommission, die „Aufträge“ für quasi-gesetzliches Handeln an die Sozialpartner vergeben sowie mehr Druck auf die Arbeitgeber ausüben sollte, um diese zu einer kooperativeren Haltung zu bewegen. Eine Minderheit der Befragten, vor allem Gewerkschaften mit syndikalistischer Tradition und einer starken Organisationsbasis, lehnt eine Stärkung der Rolle der Kommission ab: Eine Stärkung der Rolle und Position der Gewerkschaften müsse aus der Gewerkschaftsbewegung heraus geleistet werden. Der Ausbau der Koordination zwischen Europäischen Betriebsräten und nationalen Gewerkschaften wird vor allem von Gewerkschaftsseite befürwortet, weniger von Seiten der Linksparteien.

Auch beim Themenfeld „Sozialer Dialog“ zeigen sich somit die bekannten Konfliktlinien: hohe Zustimmung auf einer abstrakten Ebene und hohe Zustimmung zu der Institution als solches, aber größere Uneinigkeit bei Fragen nach konkreten Politiken und Strategien. So sind starke Gewerkschaften tendenziell weniger bereit, zur Stärkung des Einflusses der Sozialpartner die „supranationale Route“ durch eine Institutionalisierung der Rolle der Gewerkschaften und verstärktes Engagement der Kommission im Management des Sozialen Dialogs zu beschreiten. Stattdessen geht es um die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung aus sich selbst heraus. Vor allem in den Staaten mit einer ausgebauten Sozialpartnerschaft wird zudem betont, dass der europäische Integrationsprozess die Funktionsfähigkeit der nationalen Institutionen nicht beeinträchtigen sollte.

## Konkurrenz

### *Überblick über den Stand der Debatte*

Trotz des öffentlichen Diskurses über die Analogie der EU zu föderalen Bundesstaaten bleiben die Kompetenzen der EU weit hinter jenen zurück, über die der „Bund“ in föderalen Systemen verfügt. Zudem ist die europäische Identität bislang nur schwach ausgeprägt. Beides sind jedoch wichtige Faktoren, um das Problem der nationalstaatlichen Konkurrenz in den zentralen verteilungsrelevanten Bereichen wie der Agrar- und Strukturpolitik zu überkommen. Der Steuerwettbewerb innerhalb der Union ist ebenfalls Ausdruck der nationalstaatlichen Konkurrenzsituation, wodurch Investitionsanreize durch einen Unterbietungswettbewerb geschaffen werden.

Steuern sind nach wie vor Kernbestand nationaler Souveränität. Die Steuerpolitik der EU bezieht sich bis-

lang vorwiegend auf Steuersätze bei indirekten Steuern (wie der Mehrwertsteuer und den Verbrauchsteuern) im Kontext der Binnenmarktharmonisierung. Zudem wird der Gemeinschaftshaushalt zum Teil aus dem Mehrwertsteueraufkommen finanziert, weshalb durch eine Harmonisierung die Beitragslast auf alle EU-Mitgliedstaaten gerecht verteilt werden soll.

Aufgrund des zunehmenden grenzüberschreitenden Wettbewerbs bei der Unternehmensbesteuerung beschäftigt sich die EU nunmehr auch in diesem Bereich. Mit der EU-Osterweiterung stieg die Zahl von Staaten mit Niedrigsteuersätzen in diesem Bereich nochmals an. Von Ländern mit höheren Steuersätzen wird ein solcher Steuerwettbewerb bisweilen als „Steuerdumping“ kritisiert. Einheitliche und verallgemeinerbare Befunde zum Steuerwettbewerb sind bislang schwer auszumachen (vgl. Genschel 2005; Ganghof 2000). Als mögliche Reformmaßnahmen werden dennoch europaweite Mindeststeuersätze (mit Übergangsfristen), eine konsolidierte Unternehmensbesteuerung für transnationale Unternehmen (bspw. „strikte Quellenbesteuerung“, vgl. Jarass/Obermair 2005), eine EU-Steuer auf Finanztransaktionen („Schlüssel-Vorschlag“) und eine EU-Steuer auf Kapitalerträge („Tobin-Tax“) gefordert. Aufgrund der Problemwahrnehmung einer mangelnden Harmonisierung wird die Überführung der Steuerfragen zum Mehrheitsprinzip (anstelle der Einstimmigkeitserfordernis) im Ministerrat und die Erhöhung der EU-Kompetenz zur Steuererhebung angedacht.

Ein weiterer Bereich zwischenstaatlicher Konkurrenz ist die Agrarpolitik. Der Agrarhaushalt ist der größte Teilhaushalt der EU (2004 ca. 45% der Gesamtausgaben mit sinkender Tendenz). Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist der einzig vollständig vergemeinschaftete Bereich der Europäischen Union. Der Diskurs in diesem Politikfeld dreht sich darum, ob die EU weiterhin den größten Teil ihrer Ausgaben auf die Agrarpolitik fokussieren soll, welche Ausrichtung die Zahlungen haben sollen und wie mit dem gestiegenen Mittelbedarf durch die Osterweiterung zukünftig umgegangen werden soll. Eine Kritik richtet sich an die Frage der Effizienz der GAP: sie sei ein ineffizientes System mit falschen Anreizen, weshalb sie dezentralisiert werden sollte (Re-Nationalisierung gemäß Subsidiaritätsprinzip). Dem Kostenargument (insbesondere nach der EU-Osterweiterung) entsprechen Vorschläge, die Zahlungen über die Zeit abzubauen, eine Ko-Finanzierung durch die Mitgliedstaaten zu erwirken oder die Kon-

zentration der EU-Finanzierung auf die „zweiten Säule“.<sup>5</sup>

Die Strukturpolitik ist ein weiteres zentrales Politikfeld der Europäischen Union. Sie soll der Festigung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts („der Kohäsion“) in der Gemeinschaft dienen und dabei insbesondere Wachstum und Beschäftigung in den unterentwickelten Regionen fördern („Regionalpolitik“).<sup>6</sup> Eine wesentliche Kritiklinie richtet sich an die Effizienz der Regionalförderung. Reformen reichen von der Abschaffung der Förderung bis zur deutlichen Verschärfung der Auswahlkriterien (BIP/Kopf < 50% des EU-Durchschnitts) (Boldrin/Canova 2003) oder der Fokussierung einzelner Projekte (ohne räumlichen Bezug) und auf metropolitane Wachstumszonen (EU-Kommission 2004). Moderatere Vorschläge tendieren zur Co-Finanzierung durch nationale Mittel (Weise 2003), oder zur Aufgabe des regionalen Ansatzes zugunsten eines nationalen Ansatzes mit dem Ziel des Aufbaus von Institutionen und der Investitionen in Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur (Sapir 2003). Der Mittelknappheit nach der Osterweiterung wird eine Erhöhung des EU-Budgets oder die Verschärfung der Kriterien für Strukturgelder entgegengehalten.

Der Wettbewerbsaspekt tritt besonders deutlich bei der Schaffung eines harmonisierten EU-Binnenmarkts für Dienstleistungen zutage. Nach dem Entwurf der Kommission vom 13. Januar 2004 („Bolkestein-Richtlinie“) wird diese Angleichung zunächst durch den Abbau nationaler Vorschriften erreicht, was unter dem sog. Herkunftslandprinzip firmierte.<sup>7</sup>

Im politischen und wissenschaftlichen Diskurs ist umstritten, welche Konsequenzen eine Einführung der

Bolkestein-Richtlinie in den einzelnen Mitgliedstaaten gehabt hätte. Kritisiert wurde ein mögliches „race to the bottom“ bei Arbeits-, Sozial-, Qualitäts- und Umweltstandards (vgl. Böhret et al. 2005; Matuschek 2005), weshalb eine Streichung des Herkunftslandprinzips bzw. dessen Einführung erst nach einer weitgehenden Harmonisierung gefordert wurde. Kritisiert wurde ferner ein unklarer Dienstleistungsbegriff, entsprechend wurden eine Positivliste und Ausnahmen für Gesundheits-, Wohlfahrts- und soziale Dienstleistungen gefordert (Europäisches Parlament 2005).

#### *Positionen zur gegenwärtigen Konkurrenzsituation*

Nicht nur in der europäischen Linken, sondern auch von einer deutlichen Mehrheit der konservativen Parteien wird ein genereller und durch die EU-Osterweiterung verschärfter Steuerwettbewerb wahrgenommen. Diese Wahrnehmung stimmt auch mit den Zahlen überein. So liegt das gegenwärtige tarifliche Steuersatzdifferential bei der Gewinnbesteuerung von Kapitalgesellschaften im Schnitt bei ungefähr zehn Prozentpunkten zwischen den alten und den zehn neuen Mitgliedstaaten (Büttner 2006: 12). Ob es durch diese Unterschiede tatsächlich zu einer Verlagerung von Investitionsentscheidungen kommt, die per Saldo auf Kosten der alten Mitgliedstaaten geht, ist empirisch umstritten und ungesichert, und wird auch so von der sozialdemokratischen Linken in Europa nicht einhellig konstatiert – teilweise, wie zum Beispiel in Irland, Großbritannien oder Dänemark, wird die Existenz eines Steuerwettbewerbs auch angezweifelt, bzw. wenn es einen solchen geben sollte, die Auswirkungen für relativ gering gehalten. Für einen Steuerwettbewerb sprechen sich demnach solche Länder aus, deren Strukturen und Wirtschaft mit und innerhalb eines solchen Wettbewerbs gewachsen sind. Auch den neuen Mitgliedstaaten müsse die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung gegeben werden, wengleich der Wettbewerb auch nicht zu weit getrieben werden dürfe.

Gewerkschaften sehen diesen Aspekt auch über Ländergrenzen hinweg kritischer. Sie sprechen auch in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten, wo die linken Parteien ebenfalls eine vorsichtige Position zur Beurteilung der Steuerpolitik artikulieren, von „Steuerdumping“. Das trifft auch für slowakische Gewerkschaften zu, in deren Land ein kompetitives *Flat-tax*-System eingeführt wurde, das von anderen osteuropäischen Ländern als wettbewerbsverzerrend kritisiert wird. Der Graben zwischen Gewerkschaften und sozi-

5 Die Agrarpolitik der EU besteht aus drei Bereichen: Marktinterventionen, Direktzahlungen und Zahlungen für die Entwicklung des ländlichen Raumes („zweite Säule“). Die Direktzahlungen stellen mit ca. 30% des EU-Haushalts den größten Haushaltsposten dar.

6 Aus dem Haushalt der EU von 2000 bis 2006 wurden 213 Mrd. Euro oder etwa ein Drittel des EU-Budgets für regionalpolitische Zwecke verteilt. Die Strukturfonds dienen den Zielen der strukturellen Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1), der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen (Ziel 2) sowie der Anpassung und Modernisierung der Bildungs- und Beschäftigungspolitiken (Ziel 3).

7 Bei nur vorübergehenden grenzüberschreitenden Tätigkeiten sollten für Dienstleistungserbringer die Regeln des Herkunftslandes gelten, verbunden mit einem umfangreichen Beschränkungsverbot im Empfängerland. Die Kontrolle und Aufsicht der Anbieter sollte vom Herkunftsstaat abhängen. Das Herkunftslandprinzip scheiterte am 16. Februar 2006 im Europäischen Parlament.

aldemokratischen Parteien verläuft im Osten Europas folglich entlang der Wirkung des Steuerwettbewerbs: Gewerkschaften befürchten ein gemeinwohlschädliches „race to the bottom“, während die Parteien der demokratischen Linken über die Konsequenzen uneins sind und den Wettbewerb bisweilen als legitimes Mittel der EU-10-Staaten betrachten, um ausländische Direktinvestitionen anzulocken.

Ein weiteres Feld, das die Konkurrenz und somit die Regulierung des Wettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten bestimmt, ist die Agrar- und die Strukturpolitik. Die Ausgaben für die Agrarpolitik werden von den meisten Parteien und Organisationen in Europa als zu hoch eingeschätzt. In Frankreich wird dagegen nur wenig Kritik an der Ausgabenhöhe geäußert, da der Erhalt der europäischen Landwirtschaft nicht zuletzt aus Gründen der nationalen Versorgungssicherheit und des Gesundheitsschutzes von elementarer Bedeutung sei. Die Gegenposition zur französischen Linken (die in diesem Punkt mit der allgemeinen Meinung in Frankreich übereinstimmt) kommt aus Großbritannien, wo die Position vorherrscht, dass die Agrarpolitik in die Strukturpolitik integriert werden und vor allem den neuen Mitgliedstaaten auf Länderebene als Strukturhilfe zur Verfügung stehen sollte; Agrarausgaben im engen Sinne sollten von den betreffenden Mitgliedstaaten finanziert werden. Die einhellige Kritik der Staaten Mittel- und Osteuropas (sowohl Linksparteien als auch Gewerkschaften) an der Struktur und Ausgabenhöhe der GAP geht noch in eine andere Richtung: Aufgrund des Lohnvorteils im Agrarsektor und erfolgreicher Struktur Anpassungen in den vergangenen Jahren werden heimische Produzenten als wettbewerbsfähig beurteilt. Eine Reduktion von Direktbeihilfen in der gesamten EU brächte osteuropäischen Landwirten somit zusätzliche Vorteile.

Weitaus positiver ist die Einschätzung der Regional- und Strukturpolitik der EU. Sie wird von einer deutlichen Mehrheit als effizient eingestuft. Die teils von den neuen Mitgliedstaaten vorgebrachte Kritik an bürokratischen Antragsverfahren für Strukturfonds lässt sich auch mit noch notwendigen institutionellen Anpassungsleistungen erklären. Insgesamt betrachten dortige Linksparteien wie auch Gewerkschaften die Umverteilung als sinnvolle Kohäsionsinstrumente.

Eine weitere Facette im Bereich des Wettbewerbs unter den Mitgliedstaaten ist die Liberalisierung von Dienstleistungen im Allgemeinen und die Bolkestein-Richtlinie im Besonderen. Weder unter den konservativen und liberalen Parteien, noch unter den linken Parteien und Gewerkschaften in Europa gibt es keine generelle Ablehnung einer Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts, wobei Linksparteien dem tendenziell

aufgeschlossener sind als Gewerkschaften. Insbesondere mittel- und osteuropäische Staaten sehen im Dienstleistungswettbewerb eine für ihren realen Aufholprozess notwendige Vervollkommnung des Binnenmarktes.

Allerdings gab es innerhalb der Linken eine einhellige Opposition bezüglich des Herkunftslandprinzips, von dem ein gemeinwohlschädliches „race to the bottom“ erwartet wurde. Ein solcher Unterbietungswettbewerb im sozialen, ökologischen und arbeitsrechtlichen Bereich wird insbesondere in Skandinavien, aber auch in den angelsächsischen, kontinentalen und mediterranen Ländern befürchtet. Einzig in den osteuropäischen Ländern gibt es hierzu eine abweichende Meinung, wie auch im jüngsten Streit um die Annahme des Kompromissvorschlags des Europäischen Parlaments deutlich wurde. Beim Herkunftslandprinzip zeigten sich erneut die Grenzen transnationaler Koalitionsformierung aufgrund der asymmetrisch perzipierten Verteilungswirkung. Allerdings verläuft dieser Graben ausschließlich zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten und hängt nicht mit den Wohlfahrtsstaatsmodellen zusammen. Die mögliche Gefahr einer Abwärtsspirale sehen in Osteuropa – wenn überhaupt – nur die Gewerkschaften, die zwar dennoch keine Sektoren ausnehmen wollen, aber für gemeinsame Standards bei Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge plädieren.

#### *Reformvorschläge*

Es bestehen große Unterschiede in der Frage des richtigen Umgangs mit dem (perzipierten) Steuerwettbewerb. Die Einführung des Mehrheitsprinzips im Ministerrat für Steuerfragen – eine verhältnismäßig pragmatisch-institutionelle Lösung – findet keine Mehrheit. Wenn sich sozialdemokratische Parteien, wie im Falle Finnlands, für einen solchen Reformansatz aussprechen, dann mit der Einschränkung der Ziehung klarer Kompetenzgrenzen der EU in Steuerfragen. Der Wechsel vom Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen zum Mehrheitsprinzip findet nur bei kontinental- und südeuropäischen Sozialdemokraten Unterstützung. Während die Skandinavier keine einheitliche Position haben, sind Osteuropäer, Briten und Iren klar dagegen. Unter konservativen und liberalen Parteien sowie bei Arbeitgeberverbänden trifft dieser Vorschlag nahezu einhellig auf Ablehnung.

Es ergab sich bei dieser Frage aber auch keine transnationale linke Koalition, was darauf zurückzuführen sein kann, dass mit einem solchen institutionellen Schritt zwar die Option auf einen Mindeststandard bei

Steuerfragen gegeben ist, jedoch keinesfalls die Garantie. Es kann durchaus auch so sein, dass eine gegenteilige Entwicklung ausgelöst und die Steuerkonkurrenz noch stärker institutionell verankert wird. Gewerkschaften in Europa verbinden mit diesem Schritt eher einen regulierenden Integrationsschritt, weshalb sie mehrheitlich einer Reform des Ministerrats zustimmen.

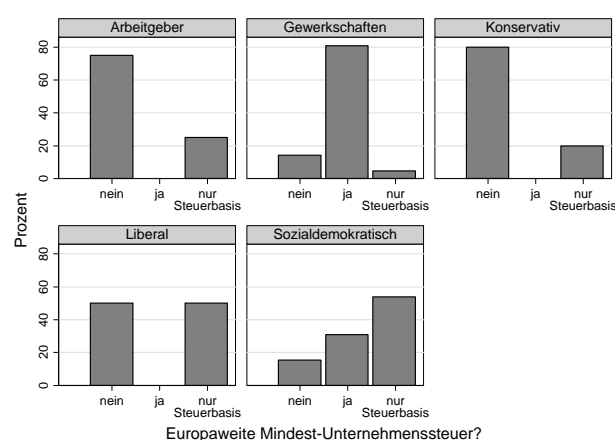
Ablehnende Voten kamen vor allem aus den osteuropäischen Ländern, die der EU-Ebene keine weitere Kompetenz in Steuerfragen übertragen möchten. Vielmehr verknüpfen die Visegrád-Staaten damit schleichende Harmonisierungsbestrebungen insbesondere der alten Mitgliedstaaten. Schließlich sei mit der Erweiterung auch das Konsenserfordernis im Ministerrat gestiegen und somit ein weiteres Argument gegen Mehrheitsentscheidungen in Steuerfragen. An diesem Aspekt lässt sich die These untermauern, dass weltanschaulich relativ unabhängige Länder-Cluster zu beobachten sind, wenn Maßnahmen auf EU-Ebene unterschiedliche Verteilungsfolgen nach sich ziehen, bzw. als solche wahrgenommen werden.

Größere Einigkeit unter den linken Parteien und Gewerkschaften in Europa gibt es dagegen bei der Frage, ob die Steuerkompetenz der EU-Kommission erhöht werden sollte. Mit einer deutlichen Mehrheit sprachen sie sich gegen eine solche Maßnahme im Kontext des Steuerwettbewerbs aus (noch deutlicher ist dies bei den liberalen und konservativen Parteien der Fall). In diesem Fall trifft das Dekommodifizierungstheorem anscheinend nicht zu, da durchweg eine Europäisierung abgelehnt wird. Paradigmatisch ist die Position der irischen Parteien, die durchgängig gegen die Verlagerung steuerpolitischer Kompetenzen auf die EU-Ebene sind, denn sonst besäßen nationale Regierungen keine Steuerungsmöglichkeiten in rezessiven Perioden mehr (außer Ausgabenkürzung). Eine Ausnahme stellt bei dieser Frage die Position italienischer Sozialdemokraten dar, die sich sowohl das Mehrheitsprinzip im Ministerrat, als auch die Übertragung von Steuerkompetenzen auf die EU-Kommission vorstellen können. Damit verbunden ist die dominante Vision innerhalb der italienischen Linken, die EU zu einem föderalen Bundesstaat auszubauen. In Polen stehen sich dagegen Gewerkschaften und Sozialdemokraten uneinig gegenüber: Erstere befürworten, Letztere opponieren eine Kompetenzverlagerung. Dennoch überwiegt das Bild einer einheitlichen Ablehnung dieser Maßnahme, was als eine länderübergreifende Parteienposition gewertet werden kann.

Eine zentrale Reformoption im europaweiten Steuerwettbewerb ist die Einführung eines Mindeststeuer-

satzes für Unternehmenssteuern oder die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage. Eine Mehrheit spricht sich für eine Regelung der Unternehmensbesteuerung aus, wenngleich es keine eindeutige Mehrheit für eine europäische Mindestbesteuerung gibt, da sich eine Reihe sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschaften auf eine Vereinheitlichung der Steuerbasis konzentriert (siehe Abb. 3).

**Abb. 3: Europaweite Mindest-Unternehmenssteuer (Links-Rechts)**

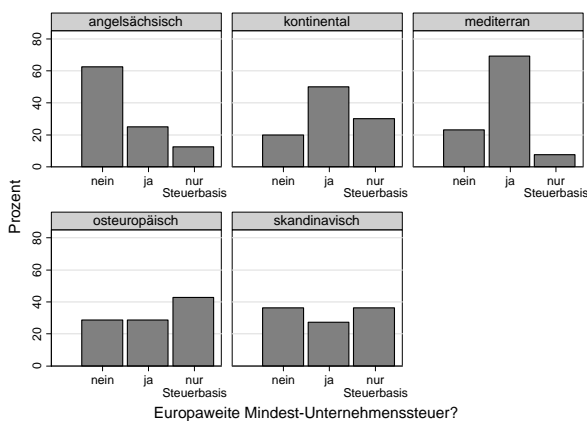


Bei der Differenzierung der Antworten in Gewerkschaften und linken Parteien fällt auf, dass Gewerkschaften prinzipiell eine Mindeststeuer bevorzugen, während die linken Parteien stärker zur Steuerbasis tendieren. Die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage wird dabei oftmals als pragmatischer Startpunkt für eine weitergehende Integration verstanden, dem dann in der Weiterentwicklung die Einführung eines „Fächers“ (Bandbreite) folgen kann – so z.B. die österreichischen Sozialdemokraten. Dies wurde von konservativen Parteien ebenfalls als Argument gegen eine einheitliche Steuerbasis vorgebracht. Eine Bandbreitenregelung wird in der Regel als Alternative zur Festlegung eines Mindeststeuersatzes gesehen. Die italienischen Sozialdemokraten gehen sogar soweit, die neuen Mitgliedstaaten für eine Steuerharmonisierung finanziell (z.B. über Strukturfonds) zu kompensieren. In den osteuropäischen Ländern wird von linken Parteien und Gewerkschaften ebenfalls die Einführung von Steuerkorridoren befürwortet, um einen Unterbietungswettbewerb zu verhindern. Die slowakische Linke spricht sich – stärker zurückhaltend – für eine Flankierung des Steuerwettbewerbs durch die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage aus, was über die OMK erreicht werden könnte. Die Idee einer EU-Steuer

zum direkten Bezug zwischen EU und Wahlvolk wird dagegen bei osteuropäischen Parteien der demokratischen Linken als eine mögliche Alternative oder Kompensation gesehen, während die Gewerkschaftsforderung auch hier auf eine Mindest-Unternehmenssteuer hinausläuft. Von den konservativen und liberalen Parteien, wie auch von den Arbeitgeberverbänden wird eine Mindestbesteuerung abgelehnt, und auch die Idee der Bemessungsgrundlagenharmonisierung findet nur vereinzelt Zustimmung.

Betrachtet man die Positionen zur Mindeststeuer im Wohlfahrtsstaaten-Cluster, zeigt sich in den meisten Ländergruppen eine zustimmende Haltung. Die kritischen Stimmen sind vor allem in Großbritannien und Irland sowie in den skandinavischen Ländern zu finden (siehe Abb. 4).

**Abb. 4: Europaweite Mindest-Unternehmenssteuer (nach Ländergruppen)**



Bezüglich der Kritik am Status quo der GAP gibt es unter den linken Kräften Europas zwei grobe Argumentationslinien: Zum einen wird die GAP in ihrer bisherigen Form zwar als notwendig, aber auch als relativ ineffizient betrachtet, woraus sich eine Unterstützung für einen Umbau der Agrarpolitik in Richtung einer Politik, die stärker auf Forschung und Entwicklung, Landschaftspflege, ökologischen Landbau zielt und sich gegen Preissubventionen richtet.

Das andere Argument betrifft die Frage der Gerechtigkeit und Fairness, sowohl innerhalb eines Landes, als auch was die Auswirkung der GAP im Welthandel betrifft. Daraus leitet sich ab, dass die Ausgaben über die Zeit sinken, betriebliche Obergrenzen eingeführt und die „zweite Säule“ gefördert werden sollte. Letzteres Argument wird verstärkt von Gewerkschaftsseite hervorgebracht. Es ergibt sich kein eindeutiges Muster zu diesem Politikfeld: Weder gibt es eine länderübergrei-

fende linke Position, noch sind Länder-Cluster auszumachen mit der Einschränkung, dass die osteuropäischen Länder ihre neuen Förderansprüche nicht verlieren möchten und deshalb für sinkende Zahlungen aus Strukturfonds an alte Förderregionen sind. Nachdem der Mittelbedarf durch die Osterweiterung gestiegen ist und die Aussicht auf eine Steigerung des (Struktur-)Budgets relativ aussichtslos ist, erscheint ihnen dies als praktikable Lösung. Ein zweiter Reformansatz zur GAP ist die Stärkung der „zweiten Säule“, also Zahlungen für die Entwicklung des ländlichen Raumes anstelle von Direktzahlungen.

Unter den linken Parteien und Gewerkschaften in Europa herrscht zum einen die Meinung vor, dass die neuen osteuropäischen Förderregionen Strukturfonds erhalten sollten, gleichzeitig wird (parallel zur GAP) in der Regel keine Erhöhung des Gesamtbudgets anvisiert, wodurch alte Förderregionen aus dem Programm herausfallen sollten (so z.B. die schwedischen Sozialdemokraten). Diese Meinung wiederum wird primär aus Ländern geäußert, die keine enge Verzahnung mit dem Strukturprogramm haben. Nur aus ausgewählten Ländern wie bspw. Frankreich, Irland oder Dänemark kommt die Position, die Mittel für die Struktur- und Kohäsionspolitik aufzustocken, u.a. durch die Erhöhung der Beiträge Großbritanniens.

Einig sind sich Sozialdemokraten und Gewerkschaften in der Bevorzugung des regionenspezifischen Ansatzes (mit Ausnahme großer Infrastrukturaufgaben, die staatlich organisiert werden sollten), da dieser zur „Entpolitisierung“ beitrage. Speziell aus den osteuropäischen Ländern wurde die Kritik geäußert, dass der Regional- und Strukturpolitik eine zu formale Antragstellung, ein intransparentes und kompliziertes System und zu knappe Zeit zur fundierten Begutachtung zugrunde liege. Aus tschechischer Sicht könnten zudem die durch die Osterweiterung verursachten Finanzierungsengepässe bei Strukturfonds zulasten der GAP beseitigt werden.

Bei der Frage nach Alternativen zur Dienstleistungsrichtlinie gibt es innerhalb der linken politischen Gruppierungen ein deutliches Plädoyer für die gesonderte Behandlung von öffentlichen Dienstleistungen. Diese sollten nicht einer allgemeinen Liberalisierung in diesem Bereich unterworfen werden. Dazu gehören u.a. der Bildungs- und öffentlichen Versorgungsbereich – eine solche Negativliste müsste einheitlich sein und dürfte nicht von Mitgliedstaaten einzeln festgelegt werden.

Das Alternativkonzept des Gastgeberlandprinzips findet in den meisten Fällen die Unterstützung der linken Parteien. Von konservativen und liberalen Parteien, wie auch von Seiten der Arbeitgeberverbände wird die

Problematik des Herkunftslandprinzips nicht oder nur eingeschränkt geteilt.

### Fazit

Auf einer sehr generellen Ebene (Notwendigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Stärkung der sozialen Dimension, Zustimmung zum Sozialen Dialog, Strukturpolitik) war sowohl partei- als auch länderübergreifende Übereinstimmung zu finden. Mit geringerer Abstraktionsstufe nehmen jedoch die Partei- oder Länderunterschiede zu. Relativ homogene Positionen innerhalb von Parteifamilien können bei den untersuchten Reformvorschlägen vor allem innerhalb der konservativen und liberalen Parteien beobachtet werden. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Reformen, die eine stärkere Integration im Sinne größerer Deregulierung bedeuten. So werden Vorschläge der stärkeren Koordinierung der Lohn- und Beschäftigungspolitik ebenso abgelehnt wie ein (länderspezifischer) EU-Mindestlohn oder eine einheitliche Unternehmensbesteuerung. Auch antizyklische Maßnahmen oder das Konzept der makroökonomischen Koordinierung stoßen innerhalb der konservativen und liberalen Parteien relativ einheitlich auf Ablehnung. Umgekehrt ist die generelle Zustimmung zu einer Harmonisierung des Dienstleistungsmarktes bei diesen Parteifamilien sehr groß. Sowohl bei der Unterstützung weiterer „negativer Integration“ durch die Ausweitung des Binnenmarktes wie auch bei der Ablehnung „positiver Integration“ durch stärkere Marktregulierung der EU herrscht auf der rechten Seite des Parteienspektrums weitgehend Einigkeit.

Auf der linken Seite des Parteienspektrums ließ sich jedoch nur in sehr wenigen Fällen eine einheitliche Position erkennen. Zwar ist die Problemwahrnehmung oft noch identisch, wie im Fall des Steuerwettbewerbs oder der unterschiedlichen Konjunkturzyklen innerhalb der EU. Bei konkreten Reformvorschlägen zeigen sich hingegen innerhalb der Linken oftmals deutliche Unterschiede zwischen Ländergruppen. Dabei werden auch nicht weitere „marktschaffende“ Reformen einheitlich abgelehnt. So haben beispielsweise einige osteuropäische Linksparteien die Dienstleistungsrichtlinie in der Bolkestein-Version unterstützt. Bei marktregulierenden Reformen oder Kompetenztransfers auf die EU-Ebene gibt es ebenfalls keine einheitliche Position der Mitte-Links-Parteien, allerdings findet sich hier in einigen Fällen ein Ländermuster der Ablehnung und Zustimmung. So sind die skandinavischen Sozialdemokra-

ten relativ geschlossen gegen die Übertragung von Kompetenzen auf die EU-Ebene, z.B. in der Lohn- oder Beschäftigungspolitik oder im Bereich der Unternehmensbesteuerung. Allerdings befürworten sie durchaus die Festlegung von Mindestsätzen in der Unternehmensbesteuerung oder die Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen. Solche Vorschläge treffen hingegen vor allem in den osteuropäischen Linksparteien auf Widerstand, Kompetenztransfers werden von ihnen jedoch weniger skeptisch als von der skandinavischen Linken gesehen (z.B. antizyklische Maßnahmen, stärkere Koordinierung der Beschäftigungspolitik, Steuerkompetenz der Kommission). Nimmt man die unterschiedlichen Verteilungskonsequenzen von zusätzlichen Regulierungen und Kompetenztransfers in den Blick, lässt sich diese Beobachtung möglicherweise erklären: Ein höheres Regulierungserfordernis ohne direkte EU-Kompetenzen bürdet insbesondere den osteuropäischen Ländern zusätzliche Kosten auf. Die skandinavischen Länder werden hingegen von regulativen Mindeststandards nur relativ gering betroffen sein, jedoch von den dadurch abnehmenden Wettbewerbsvorteilen der gering regulierten Länder profitieren. Denn der dadurch abnehmende Wettbewerbs- und Konkurrenzdruck erleichtert es linken Parteien in diesen Ländern, umverteilende Maßnahmen im eigenen Land beizubehalten (oder auszubauen). Ein Kompetenztransfer wie er bei der Durchführung antizyklischer Maßnahmen notwendig wäre, hätte jedoch eine andere Verteilungswirkung. Denn bei direkten EU-Kompetenzen wären durch die ungleiche Finanzierung des EU-Budgets die Osteuropäer von den Kosten relativ gering betroffen, könnten jedoch die Umverteilungswirkungen zwischen den EU-Ländern voll in Anspruch nehmen. So wäre das Verteilungskosten-Kalkül für die osteuropäischen Länder vergleichsweise günstig, während die skandinavischen Länder vergleichsweise stark zur Finanzierung herangezogen würden und geringer von der zwischenstaatlichen Umverteilung profitieren würden. Diese unterschiedlichen Verteilungswirkungen von Kompetenztransfers und Regulierungen erklären auch, warum die südeuropäischen Länder in beiden Belangen die integrationsfreudigsten Positionen einnehmen. Denn hier ist zu vermuten, dass sich sowohl Kosten und Nutzen von Kompetenztransfers in etwa die Waage halten, wie auch europäische Regulierungen keine zu starke Anpassung der eigenen Standards nach oben bedeuten würde.

## Bibliographie

- Allsopp, Christopher / Artis, Michael (2003): The Assessment. EMU, Four Years on. In: *Oxford Review of Economic Policy* 19(1), S. 1-29.
- Böhret, Carl / Grunow, Dieter / Ziekow, Jan (2005): Überprüfung ausgewählter Aspekte des Vorschlags zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt KOM 2004 (2), Studie für das Land Nordrhein-Westfalen, Speyer/Duisburg.
- Boix, Carles (1998): *Political Parties, Growth and Equality. Conservative and Social Democratic Economic Strategies in the World Economy*, New York.
- Boldrin, Michele / Canova, Fabio (2003): Regional Policies and EU Enlargement. In: Funck, B. / Pizzati, L. (Hg.), *European Integration, Regional Policy, and Growth*, Washington, S. 33-94.
- Budge, Ian / Keman, Hans (1990): *Parties and Democracy. Coalition Formation and Government Functioning in Twenty States*, Oxford.
- Buti, Marco / Eijffinger, Sylvester / Franco, Daniele (2003): Revisiting EMU's Stability Pact. A Pragmatic Way Forward. In: *Oxford Review of Economic Policy* 19(1), S. 100-111.
- Buti, Marco / Nava, Mario (2003): Towards a European Budgetary System. Paper prepared for the Annual Congress of the IIPF, [http://www.iue.it/RSCAS/WP-Texts/03\\_08.pdf](http://www.iue.it/RSCAS/WP-Texts/03_08.pdf).
- Büttner, Thiess (2006): Steuerwettbewerb und Finanzgleichheit, ifo Schnelldienst 4/2006, S. 12-18.
- Cameron, David (1985): Does Government Cause Inflation? Taxes, Spending, and Deficits. In: Lindberg, L. / Maier, C. (Hg.), *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington, S. 224-279.
- Esping-Andersen, Gøsta (Hg.) (1996): *Welfare States in Transition, National Adaptations in Global Economies*, London.
- Europäische Kommission (2004): Die Kohäsion am Wendepunkt 2007. Verordnungsvorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Kohäsionspolitik (Zeitraum 2007-2013), [http://www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docgener/informat/reg2007\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docgener/informat/reg2007_de.pdf)
- Europäische Kommission (2005): Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon. KOM (2005) 24, [http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/COM2005\\_024\\_de.pdf](http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/COM2005_024_de.pdf).
- Europäisches Parlament (2005): Entwurf eines Berichts des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, [http://www.dienstleistungsrichtlinie.dgb.de/dokumente/1\\_2\\_gebhardtbericht\\_teil1u2.pdf/file\\_view\\_raw](http://www.dienstleistungsrichtlinie.dgb.de/dokumente/1_2_gebhardtbericht_teil1u2.pdf/file_view_raw).
- Filc, Wolfgang (2005): Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Ein unvollendetes Kooperationsprojekt, WSI-Mitteilungen 12/2005.
- Ganghof, Steffen (2000): Adjusting National Tax Policy to Economic Internationalization Strategies and Outcomes. In: Scharpf, F. / Schmidt, V. (Hg.), *Welfare and Work in the Open Economy (Vol. II). Diverse Responses to Common Challenges*, New York, S. 597-645.
- Genschel, Philipp (2005): Globalization and the Transformation of the Tax State, In: *European Review* 13(1), S. 53-71.
- Hein, Eckhard / Niechoj, Torsten (2004): Leitlinien für ein dauerhaftes Wachstum in der EU? Konzept und Wirkung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik, WSI-Diskussionspapier Nr. 126, Düsseldorf.
- Hibbs, Douglas (1977): Political Parties and Macroeconomic Policy. In: *American Political Science Review* 71, S. 1467-1487.
- Hishow, Ognian (2005): Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, SWP-Aktuell 5, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Hix, Simon (1999): Dimensions and Alignments in European Union Politics. Cognitive Constraints and Partisan Responses. In: *European Journal of Political Research* 35(1), S. 69-125.
- Hooghe, Lisbet / Marks, Gary (1999): The Making of a Polity. The Struggle Over European Integration. In: Kitschelt, H. et al. (Hg.), *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, Cambridge, S. 70-97.
- Hooghe, Lisbet / Marks, Gary (2004): *European Integration and Democratic Competition*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Europäische Politik, Bonn.
- Hooghe, Lisbet / Marks, Gary / Wilson, Carole (2002): Does Left/Right Structure Party Positions European Integration? In: *Comparative Political Studies* 35(8), S. 965-989.
- Jarass, Lorenz / Obermair, Gustav (2005): Vorschlag für ein zukünftiges EU-Steuersystem, mimeo.
- Keller, Berndt (2003): Sektorale Sozialdialoge. Vernachlässigte Bestandteile europäischer Arbeitsbeziehungen. In: *Industrielle Beziehungen* 10(1): S. 9-40.
- Lecher, Wolfgang / Platzer, Hans-Wolfgang (2003): Europäische Betriebsräte. In: Schroeder, W. / Weßels, B. (Hg.), *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, S. 588-613.
- Lommatzsch, Kirsten / Tober, Silke (2003): Reform der geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank, Wochenbericht des DIW 7/03, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Marks, Gary (2004): Introduction and Conclusion. In: Marks, G. / Steenbergen, M. (Hg.), *European Integration and Political Conflict*, Cambridge.
- Matuschek, Milosz (2005): Bolkestein-Richtlinie. Ein Anschlag auf das Europäische Sozialmodell? CAP-News vom 21.04.05, <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2005/bolkestein.php>.

O'Connor, Julia (2005): Policy Coordination, Social Indicators and the Social Policy Agenda in the European Union. In: *Journal of European Social Policy* 15(4): S. 345-361.

Petring, Alexander / Kellermann, Christian (2005): *New Options for a European Economic and Social Policy*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Europäische Politik, Bonn.

Sapir, André (Hg.) (2003): *An Agenda for a Growing Europe. Making the EU Economic System Deliver. Report of an Independent High-Level Study Group Established on the Initiative of the President of the European Commission*, Juli, Brüssel.

Scharpf, Fritz (1997): Economic Integration, Democracy and the Welfare State. In: *Journal of European Public Policy* 4(1), S. 18-36.

Scharpf, Fritz (2002): The European Social Model. Coping with the Challenges of Diversity. In: *Journal of Common Market Studies* 40(4), S. 645-670.

Schmidt, Manfred (1983): The Welfare State and the Economy in Periods of Economic Crisis. A Comparative Study of Twenty-Three OECD Nations. In: *European Journal of Political Research* 11(1), S. 1-26.

Schulzen, Thorsten et al. (2005): *Thesen für eine europäische Mindestlohnpolitik*, [http://www.boeckler.de/pdf/wsi\\_2005\\_thesen\\_mindlohn\\_de.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/wsi_2005_thesen_mindlohn_de.pdf).

Weale, Martin (2004): National Saving and the Stability and Growth Pact. In: *Journal of Common Market Studies* 42(5), S. 1033-1038.

Weise, Christian (2003): What Future for EU Regional Policy? In: Funck, B. / Pizzati, L. (Hg.), *European Integration, Regional Policy, and Growth*, Washington, S. 231-240.

Witte, Lothar (2004): *Europäisches Sozialmodell und Sozialer Zusammenhalt. Welche Rolle spielt die EU?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Europäische Politik, Bonn.